

Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion
--

Nr.:	A 19/0746-01
-------------	---------------------

Status:	öffentlich
---------	------------

Datum:	12.09.2019
--------	------------

INWIS-Gutachten

Anfrage Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beratungsfolge

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	20.09.2019	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anfrage:

Im INWIS-Gutachten werden unter Punkt 4. Fazit und Handlungsoptionen auf der Seite 38 im 4. Absatz Gründe für die Nichtinanspruchnahme von Hilfen (Wohngeld oder Aufstockung durch SGB II) genannt. Dazu gehören Unkenntnis, Scham und der Beantragungsaufwand.

Wir bitten die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist bekannt, um wie viele Haushalte es sich in etwa handelt?
2. Was kann die Verwaltung unternehmen, um diese Hürden abzubauen?
3. Wurde inzwischen schon etwas in die Wege geleitet?
4. Gibt es eine Arbeitsgruppe zu dieser Problematik?

Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
stv. Fraktionssprecherin